Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Freiheit
Einheit
Demokratie

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Vorsitzenden des Ausschusses für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Herrn Winfried Hermann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Andreas Scheuer, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2300
FAX +49 (0)30 18-300-2319

psts-s@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de

Betreff: Bericht zur Konferenz der Verkehrsminister des Bundes und der Länder am 14./15. April 2010

Aktenzeichen: UI 10/3112.5/0
Datum: Berlin, 03.05.2010
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

beiliegend erhalten Sie den erbetenen Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Konferenz der Verkehrsminister des Bundes und der Länder am 14./15. April 2010 zu Ihrer Information.

Für eine Weiterleitung des Berichts an die Mitglieder des Ausschusses durch Ihr Sekretariat wäre ich dankbar.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Scheuer

Anlagen

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

VERKEHRSANBINDUNG: U Bahn U6, Tram M6, M8, 12 (Zinnowitzer Straße), Bus: 147, 240, 245 (Invalidenpark)

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Anlage

Bericht über die Ergebnisse der Konferenz der Verkehrsminister des Bundes und der Länder am 14./15. April 2010

Die Sitzung der Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 14./15. April 2010 in Bremen fand in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Die Beschlüsse wurden größtenteils einvernehmlich beschlossen (siehe Anlage).

Die VMK führte im Rahmen des abendlichen Kamingesprächs des ersten Sitzungstages (ausschließlich auf Minister-Ebene) eine Diskussion über die Finanzausstattung der Kommunen – hier insbesondere zum Entflechtungsgesetz – und zum Bundeshaushalt 2010 sowie der künftigen Finanzplanung des Bundes.

Im Mittelpunkt der VMK standen der Bericht von BM Dr. Ramsauer MdB zur aktuellen verkehrspolitischen Lage, die Themen Entflechtungsgesetz, Elektromobilität, Neuordnung des Bundesfernstraßennetzes und die Konsequenzen aus der Winterperiode 2009/2010.

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur aktuellen verkehrspolitischen Lage

Schwerpunkt des Berichts von BM Dr. Ramsauer MdB und der anschließenden Aussprache mit den Ländern waren folgende Themen:

- Bahnpolitik des Bundes,
- Verstetigung der Investitionslinie,
- neue Finanzierungsinstrumente,
- Baustellenmanagement des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), inkl. Vermeidung von Staus an Feiertagen,
- Lkw-Überholverbot,
- „Schilderwaldnovelle“,
- Feldversuch „Anhebung der Lkw-Fahrzeuglängen“ und
- Elektromobilität.

. . .

Hinsichtlich der Neuausrichtung der Bahnpolitik verwies BM Dr. Ramsauer MdB auf die strategische wie personelle Neuausrichtung der Deutsche Bahn AG (DB AG). Er unterstrich die Bedeutung der gemeinwirtschaftlichen Aufgabe der DB AG, aber auch die Bedeutung, die das Auslandsgeschäft vor dem Hintergrund der Internationalisierung der Märkte für die DB AG habe.

Beim Thema Verkehrsinfrastrukturfinanzierung und der Verstetigung der Investitionslinie sei die Absicht des BMVBS, eine bedarfsgerechte Finanzierung für alle Teile des Landes umzusetzen. BM Dr. Ramsauer MdB machte deutlich, dass er sich für eine Verstetigung des hohes Investitionsniveaus, auch für die Zeit nach dem Jahr 2011, einsetzen werde. Deutschland benötige in den kommenden Jahren bei der Investitionslinie im Verkehrsbereich eine Verstetigung oberhalb der Marke von 10 Mrd. Euro. Das BMVBS werde sich vor diesem Hintergrund in Zukunft auch zunehmend neuen Finanzierungsinstrumenten öffnen.

BM Dr. Ramsauer MdB berichtete vor dem Hintergrund der vergangenen Staus im Osterverkehr über die Arbeiten des BMVBS zum Thema Baustellenmanagement und über seine Vorstellungen zum Lkw-Überholverbot. Er machte deutlich, dass die Anordnung von Lkw-Überholverboten in die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörden der Länder falle. Diese sollten deshalb bei der Vollzugsfrage – gemeinsam mit dem Güterkraftverkehrsgewerbe – ihre Entscheidungen im Lichte der jeweiligen Gegebenheit vor Ort nochmals überprüfen.

Beim Thema „Nichtigkeit der Schilderwaldnovelle“ verwies BM Dr. Ramsauer MdB darauf, dass die Länder durch das BMVBS umgehend über den rechtlichen Sachverhalt informiert werden. Hinsichtlich der Rechtsunsicherheit bei neuen Verkehrszeichen (Inline-Skaten, Parkraumbewirtschaftung oder die Förderung des Radverkehrs) appellierte BM Dr. Ramsauer an die Länder, bis zum Herbst 2010 gemeinsam die rechtlichen Voraussetzungen für eine Neuregelung zu schaffen.

Entflechtungsgesetz: Vorziehen der Entscheidung zur Revision der Höhe der Beträge des Bundes ab 01.01.2014

Die VMK stellte fest, dass das BMVBS und die Länder ein gemeinsames Interesse daran haben, für die Sicherung der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und des kommunalen Straßenbaus Planungssicherheit herzustellen.

. . .

Elektromobilität

Die VMK begrüßte die Aktivitäten des Bundes und machte deutlich, dass von der Konferenz ein starkes Signal für den Ausbau der Elektromobilität als wesentlicher Faktor für die Zukunft des Automobils ausgehe. Die Länder waren der Ansicht, dass die Forschung in diesem Bereich intensiv weitergeführt werden müsse und u. a. auch Anreize in Form von Benutzervorteilen gewährt werden sollten.

BMVBS verwies auf seine acht Modellregionen und erklärte u. a., dass finanzielle Kaufanreize für den Bund kein Thema seien. Der Bund fördere primär Forschung und Entwicklung und unterstütze den Aufbau der Infrastruktur durch geeignete – insbesondere rechtliche und ordnungspolitische – Rahmenbedingungen. Das Thema „Elektromobilität“ soll auf der nächsten Herbst-VMK als Schwerpunkt behandelt werden.

Neuordnung des Bundesfernstraßennetzes - Abstufungskonzept des Bundes für Bundesfernstraßen

BMVBS machte deutlich, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt zunächst mit den Kriterien und Modalitäten des Abstufungskonzeptes des Bundes auseinandersetze. Die Länder machten ihrerseits darauf aufmerksam, dass das Thema ganzheitlich zu behandeln sei, hierzu gehöre auch eine einvernehmliche Lösung zu Fragen der Kompensation.

Konsequenzen aus der Winterperiode 2009/2010

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, die Monate bis zum Winteranfang 2010/2011 zu nutzen, um Lehren aus den Erfahrungen der harten Frostperiode zu ziehen und vorbeugende Maßnahmen, z. B. beim Winterdienst, zu ergreifen. Auf der Herbst-VMK solle dazu berichtet werden. Hinsichtlich der Beseitigung von Frostschäden auf deutschen Straßen stellte BM Dr. Ramsauer MdB klar, dass der Bund, dort wo er zuständig ist – bei Autobahnen und Bundesstraßen – die Schäden schnell reparieren werde. Der Bund stelle jetzt vorrangig 100 Millionen Euro für Sofortmaßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen bereit, um Frostschäden zu beseitigen. BM Dr. Ramsauer MdB verwies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der Föderalismuskommission: Bund, Länder und Kommunen müssten jeweils für ihre eigenen Straßen aufkommen. Der Bund tue dies für seinen verfassungsrechtlich festgelegten Zuständigkeitsbereich.

Verkehrsministerkonferenz
- Geschäftsstelle -
K 1 - 1, Bd. 108

Berlin, 23. April 2010

E r g e b n i s s e

der
Verkehrsministerkonferenz
am 14./15. April 2010
in Bremen

Vorsitz: **Minister Christian Carius (Thüringen)**

Teilnehmer: **siehe Anlage**

Tagesordnung

Seite(n)

1. Begrüßung, Einleitung 1

2. Genehmigung der Tagesordnung, Blockabstimmung 3

3. Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur aktuellen verkehrspolitischen Lage 5

4. Allgemeine Verkehrsthemen

4.1 Bundeshaushalt 2010 und Finanzplanung 2011 bis 2013 ..... 7 - 10

4.2 Entflechtungsgesetz - Vorziehen der Entscheidung nach § 6 zur Revision der Höhe der Beiträge des Bundes ab 1.1.2014 11

4.3 Perspektiven für eine weitere Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur nachhaltigen Entwicklung ..... 13 - 15

4.4 eGovernment / Deutschland-Online Handlungsfeld "Kfz-Wesen" (Online-Zulassung von Fahrzeugen) ..... 17 - 18

4.5 Elektromobilität ..... 19 - 21

4.6 Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Verkehr ..... 23 - 24

4.7 Politik für ältere Menschen angesichts des demografischen Wandels - politische Zielvorstellungen 25

5 Straßenverkehr

5.1 Mitfahrerparkplätze an Bundesfernstraßen 27

5.2 Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten im Bereich Verkehrswegebau 29

5.3 Neuordnung des Bundesfernstraßennetzes - Abstufungskonzept des Bundes für Bundesfernstraßen 31

5.4 Stand der Überarbeitung des Verkehrssicherheitsprogramms des Bundes ..... 33 - 34

5.5 Konzept zum Schutz, Erhalt und zur Förderung der Alleen in Deutschland 35

5.6 Konsequenzen aus der Winterperiode 2009/2010 37

5.7 Sicheres Fahren im Winter 39

5.8 Novellierung der EU-Richtlinie für den Lkw-Unterfahrschutz 41

5.9 Erhöhung des Sanktionsniveaus bei Verstoß gegen ein angeordnetes Lkw-Nachtfahrverbot 43

5.10 Feuerwehrführerschein - weitere Erleichterungen 45

6. Bahnpolitik / ÖPNV / SPNV

6.1 Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes 47

6.2 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen 49

7. Luftverkehr

7.1 Liberalisierung bilateraler Luftverkehrsabkommen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Regionen innerhalb der EU 51

8. Verschiedenes

8.1 Zusammenarbeit mit der Bundeswasserstraßenverwaltung im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) 53

8.2 IT-Planungsrat - Benennung eines Ansprechpartners/ einer Ansprechpartnerin für die Verkehrsministerkonferenz 55

8.3 ShortSeaShipping Inland Waterway Promotion Center (SPC) Nationales Büro zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs und der Binnenschifffahrt 57

8.4 Konferenzangelegenheiten 59

Verkehrsministerkonferenz
- Geschäftsstelle -
K 1 - 1, Band 108

Berlin, 14. April 2010

Anwesenheitsliste

der
Verkehrsministerkonferenz am 14./15. April 2010
in Bremen

---

1. Länder		
Land	**Amtsbezeichnung**	**Name**
Baden-Württemberg	Min	Tanja Gönner
	Mdgt.	Maisch
	LMR	Kliegel
Bayern	StM	HERRMANN
	Sts	Hesse
	Mdgt.	Wiesel
	MDir.	Hans Peter Gatting
Berlin	Sen	
	SenDir.	Dr. Kunst
Brandenburg	Minister	Jörg Vogelsänger
	AL	

Land	Amtsbezeichnung	Name
Bremen	Senator	
	Abt.-L	
	stv. AL	
Hamburg	Senatorin	
Hessen	StM	
	AL	
Mecklenburg-Vorpommern	M	
	AL	
Niedersachsen	Min	
	MDgt.	

Land	Amtsbezeichnung	Name
Nordrhein-Westfalen	MD	Ekhart Maatz/Maatz
	MD	Oliver Wolff
Rheinland-Pfalz	Min	Hendrik Hering
	AL	Lothar Kaufmann
Saarland	Min	Simone Peter
	MR	BECKER
	StS	Dieter Grünewald
Sachsen	Min	Sven [illegible]
	StS	[illegible]
	AL	Rouke
Sachsen-Anhalt	Min.	[illegible]
	PS	Kreibich
	AL	[illegible]

Land	Amtsbezeichnung	Name
Schleswig-Holstein	Mdgt.	Günther Meienberg
Thüringen	Pressesprecherin	Angelika Frederking
		Stephan Weinrich
	MR	Michael Flore
	Mdgt.	[illegible]
	A	[illegible] (GARILS, CHR.)

2. Bund			
Dienststelle	**zu TOP**	**Amtsbezeichnung**	**Name**
BMVBS/UM		RR z. A.	Schnoor
BMVBS		MR	Schultz
BMVBS		AL	STEINLE
"		MinDir	HARTING
"		MinDir	KUNZ
"		StS	Scheurle
BMVBS		MIN	[illegible]
BMVBS		Pers Ref	[illegible]
BMVBS		UAL Kom	Rudolph

3. Gäste	
Staatsrat Dr. Robert Heller (Finanzbehörde-HH) Vorsitzender der Sts-Lenkungsgruppe Deutschland-Online	Heller
Eike Richter (Finanzbehörde-HH)	Eike Richter

TOP 1:

Begrüßung, Einleitung

Die Mitglieder und Gäste der Verkehrsministerkonferenz werden durch den Gastgeber, Herrn Senator Dr. Reinhard Loske, in Bremen willkommen geheißen.

Der Vorsitzende begrüßt besonders Frau Ministerin Tanja Gönner (Baden-Württemberg) als Nachfolgerin von Herrn Minister Heribert Rech und Herrn Minister Jörg Vogelsänger (Brandenburg) als Nachfolger von Frau Ministerin a. D. Jutta Lieske sowie Herrn Staatsrat Dr. Robert Heller (Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg) im Kreis der Verkehrsministerkonferenz.

(Ende TOP)

TOP 2:

Genehmigung der Tagesordnung, Blockabstimmung

Die Verkehrsministerkonferenz genehmigt einstimmig die Tagesordnung.

Sie beschließt einstimmig, die folgenden Tagesordnungspunkte im Block abzustimmen:

- 4.7 Politik für ältere Menschen angesichts des demografischen Wandels - politische Zielvorstellungen
- 5.8 Novellierung der EU-Richtlinie für den Lkw-Unterfahrschutz
- 7.1 Liberalisierung bilateraler Luftverkehrsabkommen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Regionen innerhalb der EU
- 8.1 Zusammenarbeit mit der Bundeswasserstraßenverwaltung im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
- 8.2 IT-Planungsrat - Benennung eines Ansprechpartners/einer Ansprechpartnerin für die Verkehrsministerkonferenz

(Ende TOP)

TOP 3.1:

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur aktuellen verkehrspolitischen Lage

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herr Dr. Peter Ramsauer, erstattet den Bericht zur aktuellen verkehrspolitischen Lage.

(Ende TOP)

TOP 4.1:

Bundeshaushalt 2010 und Finanzplanung 2011 bis 2013

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Teil A

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass eine mobile Gesellschaft Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung und damit für Wohlstand ist. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und das Rückgrat für eine gedeihliche gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftlichen Fortschritt. Mobilität ist nur volkswirtschaftlich sinnvoll möglich, wenn ausreichend Verkehrswege in guter Qualität zur Verfügung stehen. Damit wird einem Grundbedürfnis der Menschen entsprochen. Erst eine gute leistungsfähige und zukunftsstarke Verkehrsinfrastruktur bietet eine belastbare Basis für das Zusammenleben der Menschen beim Wohnen, Lernen, Arbeiten und in der Freizeitgestaltung.

2. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nicht nur ihren Erhalt sicherstellen müssen, sondern auch im Sinne der aktuell bereits eingetretenen und prognostizierten Belastungen Neu- und Ausbauten ermöglichen müssen.

3. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass Teile der Verkehrsinfrastruktur bereits heute drastisch überlastet sind und sich nicht in einem Zustand befinden, die den berechtigten Ansprüchen ihrer Nutzer gerecht wird. Hier gilt es, eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nicht heraufziehen zu lassen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

...

Teil B

Straßeninfrastruktur

1. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass mit den von der Bundesregierung initiierten Konjunkturprogrammen in den Jahren 2009 und 2010 seit längerem erstmals ausreichende Investitionen in den Neu- und Ausbau und in die Erhaltung der Straßenverkehrsinfrastruktur ermöglicht worden sind.

2. Die Verkehrsministerkonferenz äußert ihre Besorgnis darüber, dass die Fortführung der im Jahr 2009 mit den Konjunkturprogrammen begonnenen Maßnahmen und damit im Zusammenhang stehend die übrigen Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen auf Grund der im Bundesfernstraßenhaushalt 2010 vorgesehenen Kürzungen und Sperrungen sowie wegen der fallenden Finanzierungslinie der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes in Frage gestellt wird. Bei der derzeit erkennbaren Finanzierungsperspektive können zahlreiche Maßnahmen bereits kurz nach dem Baubeginn nicht wie geplant fortgeführt werden bzw. die Maßnahmen können gar nicht erst in Bau gehen.

3. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass zur Realisierung der dringendsten Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen und zur angemessenen Erhaltung der Bundesfernstraßen eine Verstetigung des Bundesfernstraßenhaushalts auf dem im Jahr 2009 erreichten Niveau von rund sieben Mrd. Euro erforderlich ist, wenn die zukunftsträchtige Aufgabenerfüllung dieses Verkehrsträgers gewährleistet sein soll.

4. Die Verkehrsministerkonferenz weist darauf hin, dass mit den derzeitigen Finanzierungsperspektiven auf absehbare Zeit keine Neubeginne der für die Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur dringend notwendigen Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundesfernstraßen möglich sind. Damit ist die Zukunftsfähigkeit dieses Verkehrsträgers gefährdet.

5. Die Verkehrsministerkonferenz äußert ihre Besorgnis darüber, dass die Unterfinanzierung der Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen bereits für die laufenden und fest disponierten Neubaumaßnahmen Eingriffe in die Erhaltungsmittel der Bundesfernstraßen erforderlich macht. Sie weist darauf hin, dass die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung festgelegten Investitionslinien für Erhaltungsinvestitionen dem notwendigen Bedarf entsprechen und Kürzungen länderspezifisch unterschiedlich zu einer weiteren Substanzverschlechterung führen. Sie weist weiter darauf hin, dass die nicht mehr ausreichende Tragfähigkeit zahlreicher Brücken an Bundesfernstraßen eine Verstärkung der bislang vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgesehenen Erhaltungsinvestitionen notwendig macht.

Teil C
Schieneninfrastruktur

1. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass auch im Bereich der Schieneninfrastruktur im Rahmen der Konjunkturprogramme eine Reihe von Neu- und Ausbaumaßnahmen angegangen werden konnten.

2. Die Verkehrsministerkonferenz stellt für den Bereich Schiene fest, dass die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans derzeit dennoch in hohem Maße unterfinanziert sind und den verkehrlichen Anforderungen der Zukunft im Schienenbereich so nicht Rechnung getragen wird.

3. Die Verkehrsministerkonferenz hält es für erforderlich, dass der Bund für Neu- und Ausbaumaßnahmen im Schienenbereich dauerhaft mindestens 1,8 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung stellt, damit die dringendsten Aus- und Neubauvorhaben zeitgerecht fertiggestellt werden können.

4. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass mit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zumindest bis 2013 eine gewisse Planungssicherheit für die Bestandsnetzerhaltung geschaffen wurde. Unter Einbeziehung der Länder muss geprüft werden, ob die in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von rund 2,3 Mrd. Euro tatsächlich ausreichen, um die angestrebte Qualitätssicherung bzw. -verbesserung zu erzielen. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass die rund 200 Mio. Euro nach Anlage 8.7 tatsächlich für Verbesserungsmaßnahmen (Neu- und Ausbau) im Schienenpersonennahverkehr eingesetzt werden. In Folgevereinbarungen müssen diese Mittel außerhalb der Bestandsnetzmittel und zusätzlich zu diesen bereitgehalten werden, um Fehlanreize zu vermeiden. Darüber hinaus ist eine Aufstockung dieser Mittel auf ein Niveau von mindestens 250 Mio. Euro pro Jahr erforderlich.

Teil D

Weitergabe der Beschlüsse

Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Bundesminister der Finanzen zu übermitteln. Die Verkehrsministerkonferenz wirbt dafür, diesen Beschluss auf breiter Ebene in die politische und öffentliche Diskussion einzubringen. Sie bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

(Ende TOP)

TOP 4.2:

Entflechtungsgesetz - Vorziehen der Entscheidung nach § 6 zur Revision der Höhe der Beiträge des Bundes ab 1.1.2014

Der Tagesordnungspunkt wird erörtert.

Beschlüsse werden nicht gefasst.

(Ende TOP)

TOP 4.3:

Perspektiven für eine weitere Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur nachhaltigen Entwicklung

I.

Die Verkehrsministerkonferenz fasst mehrheitlich (8 : 4 : 4) nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Arbeitskreises "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten" zum Bericht der Arbeitsgruppe "Nachhaltigkeit" vom 3. April 2009 zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz betont, dass die Nachhaltigkeit das Leitprinzip der Politik der Bundesregierung sowie der Landesregierungen ist und auf das Erreichen von Generationengerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt, Lebensqualität und die Wahrung internationaler Verantwortung zielt. Auch in der Verkehrspolitik spielt Nachhaltigkeit eine immer größer werdende Rolle.

3. Aus Sicht der Verkehrsministerkonferenz ist es im Sinne der Nachhaltigkeit weder praktikabel noch zielführend, zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit bei der "Öffentlichen Beschaffung" zentrale, bundesweit geltende Richtlinien herauszugeben. Die Erarbeitung, Fortentwicklung und Umsetzung von bundesweit geltenden Umweltkriterien und Beschaffungsleitlinien würden einen administrativen Mehraufwand begründen, der mit dem Ziel der Vereinfachung und Entbürokratisierung des öffentlichen Beschaffungswesens nicht vereinbar wäre.

Aus ordnungspolitischen Gründen ist bei der Einschätzung der Eignung der "Öffentlichen Beschaffung" als Instrument für die Schaffung von Leitmärkten der Zukunft Zurückhaltung angezeigt. Es besteht das erhebliche Risiko von kostspieligen Fehlsteuerungen. Deshalb plädiert die Verkehrsministerkonferenz für Technologieneutralität sowie für Offenheit gegenüber den verschiedenen Nachhaltigkeitsansätzen der Länder.

4. Hinsichtlich der Verminderung der Flächenneuinanspruchnahme unterstützt die Verkehrsministerkonferenz alle Entwicklungen, die eine geordnete Erschließung (auch im öffentlichen Verkehr) erleichtern und dadurch den durch den Verkehr ausgelösten Flächenverbrauch vermindern. Die Verkehrsministerkonferenz weist allerdings darauf hin, dass die Instrumente zur Verminderung der Flächenneuinanspruchnahme anwenderfreundlich sein müssen, um Gemeinden und Investoren nicht zu überfordern. Auch sind beim Einsatz der Instrumente Doppelprüfungen, z. B. in Konkurrenz zur Umweltverträglichkeitsprüfung, zu vermeiden.

5. Die Verkehrsministerkonferenz erkennt die Notwendigkeit einer Kontrolle, inwieweit Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung überhaupt greifen. Eine länderübergreifende, nationale Indikatorenlösung ist dafür jedoch nicht das richtige Instrumentarium: Langwieriger Abstimmungsaufwand, umfangreiche Berichts- und Statistikpflichten sowie die fragwürdige Aussagekraft der Endergebnisse lassen die Indikatorenlösung suboptimal erscheinen. Die Verkehrsministerkonferenz betont jedoch, dass es selbstverständlich im Ermessen eines jeden Landes liegt, ob und wie es mit länderspezifischen Indikatoren respektive mit sog. Nachhaltigkeitschecks arbeiten möchte.

6. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss und den Bericht des Arbeitskreises "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten" dem Vorsitzenden der Konferenz der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder zuzuleiten.

II.

Protokollerklärung:

Die Länder Berlin, Bremen, Hamburg und Saarland geben den nachfolgenden Beschlussvorschlag zu Protokoll:

1. Die Verkehrsministerkonferenz betont, dass die Nachhaltigkeit das Leitprinzip der Politik der Bundesregierung sowie der Landesregierungen ist und auf das Erreichen von Generationengerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt, Lebensqualität und die Wahrung internationaler Verantwortung zielt. Auch in der Verkehrspolitik spielt Nachhaltigkeit eine immer größer werdende Rolle.

2. Die Verkehrsministerkonferenz beauftragt die GKVS, bis zur Verkehrsministerkonferenz im Frühjahr 2011 ein Grundsatzpapier zu entwickeln, in dem die Länder gemeinsame Themen und Kriterien identifizieren - bzw. auch schon über Strategien berichten - wie auf Länderebene Nachhaltigkeitsstrategien angelegt werden können. Ferner sollte dabei gleich ein Katalog an verbindlichen Indikatoren im Verkehrsbereich aus Ländersicht entwickelt werden.

3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss dem Vorsitzenden der Konferenz der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder zuzuleiten.

(Ende TOP)

TOP 4.4:

eGovernment / Deutschland-Online
Handlungsfeld "Kfz-Wesen" (Online-Zulassung von Fahrzeugen)

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht der Federführerin zum Zwischenstand des Vorhabens zur Kenntnis.

2. Sie verweist auf Ziffer 4 ihres Beschlusses vom 19./20. November 2009. Hiernach sollten zur weiteren Entwicklung des Projekts vorzugswürdige Lösungen bestimmt bzw. die als verfolgungswürdig erkannten Lösungen vertieft geprüft werden, um genauere Aussagen zu deren Vor- und Nachteilen zu ermöglichen. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass diesem Anliegen noch nicht entsprochen worden ist. Beim derzeitigen Stand ist im Übrigen in den 13 "Pilot-Zulassungsbezirken" in sieben Ländern mit der Umsetzung der Stufe 1 erst in wenigen Zulassungsbezirken begonnen worden.

3. Die Verkehrsministerkonferenz geht daher beim gegenwärtigen Entwicklungsstand des Projekts davon aus, dass die Stufe 1 umgesetzt und auf den Ergebnissen der Stufe 1 aufbauend bis zum Jahr 2012 konzeptionelle Entwicklungen für eine Stufe 2 angegangen werden. Um die Stufe 2 praxisorientiert entwickeln zu können, müssen die fachlichen und rechtlichen Erfahrungen der Stufe 1 vorliegen. Im Übrigen verweist die Verkehrsministerkonferenz auf den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien von CDU, CSU und FDP, wonach die Pilotversuche des Online-Zulassungsverfahrens zunächst fortgesetzt und evaluiert werden sollen, bevor über Neuregelungen entschieden wird.

4. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt, dass alle Länder bereit sind, ihren Kostenbeitrag für die Finanzierung der externen Unterstützung des Teilprojekts XKfz-Standardisierung gemäß dem Finanzierungsvorschlag nach dem modifizierten Königsteiner Schlüssel, Modell PFA, für das dritte und vierte Quartal 2010 sowie für das Jahr 2011 zu leisten. Bei Bedarf sollen die Länder prüfen, ob die für diesen Zeitraum bereitgestellten Mittel auch noch im Jahr 2012 verwendet werden können.

(Ende TOP)

TOP 4.5:

Elektromobilität

I.

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt die Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz vom 14./15. Dezember 2009 zu TOP 17.1 und zu TOP 17.2 zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz sieht sich durch die Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz in ihrer Einschätzung zur Bedeutung der Elektromobilität für künftige Mobilitätskonzepte bestätigt.

3. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt die Wirtschaftsministerkonferenz in ihrer Forderung an den Bund, ein Konzept zur weiteren Förderung der Elektromobilität nach dem Auslaufen der im Konjunkturpaket II vorgesehenen Maßnahmen vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass ein solches Konzept langfristig angelegt sein muss.

4. Die Verkehrsministerkonferenz teilt die Auffassung der Wirtschaftsministerkonferenz, dass mit einer möglichst frühzeitigen Entscheidung über die Auflage eines Markteinführungsprogramms ein deutliches politisches Signal gesendet werden kann, welchen Stellenwert das Thema "Elektromobilität" in Deutschland hat. Allerdings darf ein solches Programm nicht zu Lasten der unvermindert dringlich notwendigen Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur gehen.

5. Die Verkehrsministerkonferenz ist der Auffassung, dass bei den Hybrid-Konzepten (Elektrofahrzeuge mit Reichweitenverlängerung, Plug-In-Hybridfahrzeuge, Hybridfahrzeuge) - im Gegensatz zum reinen Elektrofahrzeug - schon kurz- und mittelfristig eine Marktdurchdringung im nennenswerten Umfang erreicht werden kann.

6. Im Gegensatz zu reinen Elektrofahrzeugen, für die zurzeit eine fünfjährige Steuerbefreiung nach ihrer Zulassung gilt, sollten Steuervergünstigungen für Elektrofahrzeuge mit Reichweitenverlängerung unter Berücksichtigung des tatsächlichen CO_2-Ausstoßes gewährt werden.

7. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die in dem Koalitionsvertrag angekündigte Ausweitung des Förderprogramms "Modellregion Elektromobilität" auf die ländlichen Räume alsbald in Angriff zu nehmen.

8. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, bis zur Herbstsitzung 2010 zu prüfen, ob und wenn ja, welche Anreize in Form von Benutzervorteilen durch Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrs-Ordnung gewährt werden können. Hierbei sind auch die Auswirkungen im Fall der Einbeziehung von Elektrofahrzeugen mit Reichweitenverlängerung zu bewerten.

9. Für eine mögliche Nutzung des öffentlichen Straßenraums für Batterie-Ladestationen muss ein diskriminierungsfreier Netzzugang für dritte Energieversorger sichergestellt werden.

10. Die Verkehrsministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, diesen Beschluss der Finanz-, der Umwelt- und der Wirtschaftsministerkonferenz zuzuleiten.

II.

Protokollerklärung des Freistaates Sachsen:

Der Freistaat Sachsen geht davon aus, dass mit den Worten "möglichst frühzeitigen Entscheidung über die Auflage eines Markteinführungsprogramms" (vgl. Ziffer 4, Satz 1) keine kurzfristigen Kaufanreize gemeint sind.

Protokollerklärung des Landes Niedersachsen:

Das Land Niedersachsen legt Wert auf die Feststellung, dass die Hervorhebung eines einzelnen Satzes in Ziffer 4 dieses Beschlusses nicht dem Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz entspricht. Im Übrigen tritt Niedersachsen der Protokollerklärung des Freistaates Sachsen bei.

III.

Die Mitglieder der Verkehrsministerkonferenz kommen überein, das Thema "Elektromobilität" zu einem inhaltlichen Schwerpunkt der Herbstsitzung 2010 zu machen.

(Ende TOP)

TOP 4.6:

Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Verkehr

I.

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den gemeinsamen Bericht der Arbeitskreise "Verkehrsträgerübergreifende und EU-Angelegenheiten", "Bahnpolitik" und "Straßenbaupolitik" zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass es vor dem Hintergrund zunehmender Verkehrsverflechtungen in Europa in bestimmten Bereichen im grenzüberschreitenden Schienen- und Straßenverkehr nach wie vor Defizite gibt. Dies betrifft unter anderem

   - infrastrukturellen Nachholbedarf und
   - im Eisenbahnverkehr rechtliche, administrative, organisatorische und technische Hemmnisse (auch hinsichtlich des Wettbewerbs im grenzüberschreitenden Verkehr) sowie mangelnde Harmonisierung von technischen und steuerlichen Regelungen.

3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, Lösungsmöglichkeiten (auf nationaler, europäischer und bilateraler Ebene) für die geschilderten Schwierigkeiten aufzuzeigen und bei der Neuausrichtung des Masterplans Güterverkehr und Logistik zu berücksichtigen. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, über den Fortgang seiner diesbezüglichen Bemühungen zu berichten.

II.

Protokollerklärung der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt:

Die Länder erinnern an den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 6./7. April 2005 zu TOP 4 und sehen weiterhin dringenden Handlungsbedarf in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr nach Polen und Tschechien.

(Ende TOP)

TOP 4.7: Zustimmung im Block

Politik für ältere Menschen angesichts des demografischen Wandels - politische Zielvorstellungen

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 25./26. November 2009 zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz sieht die Notwendigkeit, verkehrspolitische Aufgaben unter maßgeblicher Berücksichtigung des demografischen Wandels und der spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen zu lösen.

3. Der demografische Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und nicht nur im Rahmen einzelner Fachpolitiken zu lösen. Die Verkehrsministerkonferenz wird sich daher in den Diskurs einbringen, der - unabhängig von Finanzierungsfragen - Politikfeld übergreifend zu führen ist.

(Ende TOP)

TOP 5.1:

Mitfahrerparkplätze an Bundesfernstraßen

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt die Bereitschaft des Bundes, künftig Pkw-Mitfahrerparkplätze, bei denen eine Fernverkehrsrelevanz festgestellt wurde und die an Bundesfernstraßen in unmittelbarer Nähe von Anschlussstellen von Bundesautobahnen liegen, in eigener Baulast zu bauen und zu unterhalten.

(Ende TOP)

TOP 5.2:

Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten im Bereich Verkehrswegebau

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Arbeitskreises "Marktüberwachung" der Bund-Länder-Dienstbesprechung "Straßenbautechnik" zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Arbeitskreis "Marktüberwachung", seinen Bericht bis zur Herbstsitzung 2010 der GKVS um die Höhe der voraussichtlich anfallenden Kosten zu ergänzen und einen abschließenden Vorschlag vorzulegen.

(Ende TOP)

TOP 5.3:

Neuordnung des Bundesfernstraßennetzes -
Abstufungskonzept des Bundes für Bundesfernstraßen

Der Tagesordnungspunkt wird erörtert.

Beschlüsse werden nicht gefasst.

(Ende TOP)

TOP 5.4:

Stand der Überarbeitung des Verkehrssicherheitsprogramms des Bundes

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass im Jahr 2009 die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten einen neuen Tiefstand erreicht hat. Die Zahl der Verkehrstoten lag damit so niedrig wie noch nie seit 1950. Gleichwohl ist festzustellen, dass weitere Anstrengungen unerlässlich sind, zumal es nach wie vor eine Reihe besonders gefährdeter Verkehrsteilnehmer gibt.

2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund, bei der Erarbeitung des nationalen Verkehrssicherheitsprogramms die Länder im Sinne einer Koordinierung und abgestimmten Vorgehensweise frühzeitig einzubinden. Sie fordert den Bund dazu auf sicherzustellen, dass in der Steuerungsgruppe zur Entwicklung des nationalen Verkehrssicherheitsprogramms neben der Bundesanstalt für Straßenwesen und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. auch Vertreter der Länderverkehrsressorts beteiligt werden und regt im Übrigen auch eine Beteiligung der Innenressorts der Länder an.

3. Aus Sicht der Verkehrsministerkonferenz muss das nationale Verkehrssicherheitsprogramm insbesondere folgenden Anforderungen genügen:

   - Entsprechend dem Leitgedanken der "Vision Zero" sollte das Verkehrssicherheitsprogramm quantitative Ziele setzen. Realistisch erscheint es, als Zielvorgabe eine Reduktion der Zahl der getöteten und der Zahl der schwerverletzten Verkehrsteilnehmer von 2010 bis 2020 um jeweils

40 Prozent vorzugeben. Damit würde auch die entsprechende Forderung der Kommission unterstützt, die ebenfalls ein Ziel von 40 Prozent weniger Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 in ihrem Entwurf für das 4. Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit vorgegeben hat.

- Das nationale Verkehrssicherheitsprogramm muss zur Realisierung dieses Ziels mit den Faktoren Fahrbahn, Mensch und Fahrzeug vor allem bei den besonderen Risiken der Verkehrssicherheit ansetzen, insbesondere bei jungen Fahrern, motorisierten Zweiradfahrern und Landstraßen.

4. Die Verkehrsministerkonferenz sieht im Übrigen in Ergänzung zu den bereits eingesetzten Fahrerassistenzsystemen in der Nutzung neuer Kommunikationssysteme, z. B. der Kommunikation von Kraftfahrzeugen untereinander (Car-to-Car) oder dem Datenaustausch mit der Verkehrsinfrastruktur (Lichtzeichenanlagen und Verkehrsleitzentralen), noch erhebliche Potenziale.

Begründung:

Neben dem 4. Aktionsprogramm der Europäischen Kommission, das derzeit auf der europäischen Ebene abgestimmt und die Leitlinien für die Verkehrssicherheitspolitik vorgeben wird, hat die Bundesregierung die Erarbeitung eines nationalen Verkehrssicherheitsprogramms vorgesehen. Ein solches Programm wird nur erfolgreich sein können, wenn alle Beteiligten in der Verkehrssicherheitsarbeit gezielt zusammenwirken. Daher ist eine Beteiligung der Länder im Rahmen der Lenkungsgruppe zur Erarbeitung des nationalen Verkehrssicherheitsprogramms unerlässlich.

Die Verkehrsministerkonferenz hält es für notwendig, neue Vorgaben im Hinblick auf die anzustrebenden Ziele in der Verkehrssicherheit zu setzen und dabei die besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmer und unfallauffällige Infrastrukturen in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sieht die Verkehrsministerkonferenz in einer weiter verbesserten technischen Sicherheitsausstattung der Fahrzeuge und in einer verstärkten Einführung der neuen Kommunikationstechnologien zwischen Fahrzeugen untereinander und mit der Infrastruktur noch erhebliche Potenziale für eine weitere Senkung der Unfallzahlen.

(Ende TOP)

TOP 5.5:

Konzept zum Schutz, Erhalt und zur Förderung der Alleen in Deutschland

Die Verkehrsministerkonferenz fasst mit 11 : 0 : 5 Stimmen nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Beschluss der 73. Umweltministerkonferenz vom 13. November 2009 zu TOP 22 zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz ist der Auffassung, dass die Regelwerke ESAB[1] und RPS[2] einen geeigneten Kompromiss zwischen dem Alleenschutz und den Interessen der Verkehrssicherheit darstellen und empfiehlt deren Anwendung.
3. Der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz wird gebeten, diesen Beschluss dem Vorsitzenden der Umweltministerkonferenz zu übermitteln.

(Ende TOP)

[1] "Empfehlung zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV)

[2] Richtlinien für den passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

TOP 5.6:

Konsequenzen aus der Winterperiode 2009/2010

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Arbeitskreis "Straßenbaupolitik" und die Bund-Länder-Dienstbesprechung "Erhaltungsplanung", die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Winterperiode 2009/2010 aufzuarbeiten und Handlungsvorschläge für langfristig und kurzfristig - zur Winterperiode 2010/2011 - zu ergreifende Maßnahmen auszuarbeiten.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Arbeitskreis "Straßenbaupolitik" und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, in der Herbstsitzung 2010 über die Ergebnisse zu berichten.

(Ende TOP)

TOP 5.7:

Sicheres Fahren im Winter

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz hält eine Überprüfung der praktischen Umsetzung der Pflicht zur Anpassung der Ausrüstung von Kraftfahrzeugen an die Wetterverhältnisse, insbesondere für Kraftfahrzeuge der in § 3 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b StVO genannten Art, im Hinblick auf die Verbesserung der Verkehrssicherheit für notwendig.

2. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird gebeten, durch den Bund-Länder-Fachausschuss "Straßenverkehrs-Ordnung/Ordnungswidrigkeiten" (BLFA-StVO/OWi) als dafür vorgesehenes Fachgremium prüfen zu lassen, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Umsetzung der Pflicht zur Anpassung der Ausrüstung von Kraftfahrzeugen an die Wetterverhältnisse sicherzustellen.

3. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird gebeten, der Verkehrsministerkonferenz einen Bericht über die Ergebnisse der Prüfungen vorzulegen.

(Ende TOP)

TOP 5.8: Zustimmung im Block

Novellierung der EU-Richtlinie für den Lkw-Unterfahrschutz

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt und unterstützt das Vorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Vorschriften zum Lkw-Unterfahrschutz zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu verbessern.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, seine Änderungsvorschläge zu fahrzeugtechnischen Vorschriften unverzüglich in den Gremien der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) und der Vereinten Nationen (UN) einzureichen.

(Ende TOP)

TOP 5.9:

Erhöhung des Sanktionsniveaus bei Verstoß gegen ein angeordnetes Lkw-Nachtfahrverbot

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Landes Hessen zur Kenntnis.
2. Die Verkehrsministerkonferenz hält eine Überprüfung des Sanktionsniveaus bei Verstößen gegen die Anordnung eines Nachtfahrverbots für notwendig.
3. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird gebeten, durch den Bund-Länder-Fachausschuss "Straßenverkehrs-Ordnung/Ordnungswidrigkeiten" (BLFA-StVO/OWi) als das dafür vorgesehene Fachgremium prüfen zu lassen, ob und wie eine deutliche Anhebung der Sanktionen für Verkehrsverstöße gegen § 41 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2, laufende Nummer 30 StVO vorgenommen werden kann.
4. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird gebeten, bis zur Herbstsitzung 2010 der Verkehrsministerkonferenz einen Bericht über die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen.

(Ende TOP)

TOP 5.10:

Feuerwehrführerschein - weitere Erleichterungen

Die Verkehrsministerkonferenz fasst mehrheitlich (9 : 3 : 4) nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz hält eine Sonderfahrberechtigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste, der in der öffentlichen Gefahrenabwehr tätigen Einheiten der Freiwilligen Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks und sonstiger Einheiten des Katastrophenschutzes zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 7,5 Tonnen für erforderlich. Diese Sonderfahrberechtigung soll nach einer unbürokratischen organisationsinternen Ausbildung und organisationsinternen Prüfung erteilt werden können. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt das Vorhaben des Freistaates Bayern, einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundesrat einzubringen.

(Ende TOP)

TOP 6.1:

Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, kurzfristig einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften an den europäischen Rechtsrahmen zu erarbeiten und hierbei die Länder frühzeitig einzubeziehen.

(Ende TOP)

TOP 6.2:

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen

Der Tagesordnungspunkt wird erörtert.

Beschlüsse werden nicht gefasst.

(Ende TOP)

TOP 7.1: Zustimmung im Block

Liberalisierung bilateraler Luftverkehrsabkommen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Regionen innerhalb der EU

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Kenntnis.

(Ende TOP)

TOP 8.1: Zustimmung im Block

Verschiedenes -
Zusammenarbeit mit der Bundeswasserstraßenverwaltung im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt den Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 13. November 2009 zur Kenntnis.

2. Die Verkehrsministerkonferenz begrüßt das Anliegen der Umweltministerkonferenz zur Intensivierung des vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingeschlagenen Weges beim Vollzug der Wasserrahmenrichtlinie und bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung diesbezüglich um eine konsequente Verstetigung der Zusammenarbeit.

(Ende TOP)

TOP 8.2: Zustimmung im Block

Verschiedenes -
IT-Planungsrat - Benennung eines Ansprechpartners/
einer Ansprechpartnerin für die Verkehrsministerkonferenz

Die Verkehrsministerkonferenz fasst einstimmig **ohne Aussprache** nachfolgenden Beschluss:

Die Einbindung der Verkehrsministerkonferenz in den IT-Planungsrat erfolgt durch das jeweilige Vorsitzland auf Staatssekretärsebene im Verkehrsressort. Über die namentliche Besetzung werden die Länder informiert.

Erstmalig wird die Aufgabe für das Vorsitzland von

Frau Dr. Marion Eich-Born

(Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Bau,
Landesentwicklung und Verkehr)

wahrgenommen.

(Ende TOP)

TOP 8.3:

Verschiedenes
ShortSeaShipping Inland Waterway Promotion Center (SPC)
Nationales Büro zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs
und der Binnenschifffahrt

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung berichtet, dass das nationale Büro zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs als so genanntes ÖPP-Modell zur Verlagerung von Gütertransporten auf den Wasserweg fortgeführt wird. Die Zuwendung des Bundes als Teilfinanzierung dieses Büros ist damit zunächst bis Ende 2012 sichergestellt.

Beschlüsse werden nicht gefasst.

(Ende TOP)

TOP 8.4:

Verschiedenes -
Konferenzangelegenheiten

Der Vorsitzende kündigt an, dass die Herbstsitzung 2010 der Verkehrsministerkonferenz auf Schloss Ettersburg bei Weimar stattfinden wird.

(Ende TOP)